



Niederschrift

Sitzung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Sitzungstermin:	Montag, 14.07.2025
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	21:39 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitz

Prof. Dr. Madeleine Tolani

Mitglied

Dr. Andreas Kerath

Kira Wisnewski

Shady Al-Khoury

Johannes Barsch

Yannick Elias Bauer

bis TOP 10 (öffentlicher Teil)

Stephan Bucars

Ulf Burmeister

ab TOP 7 (öffentlicher Teil)

Camille Damm

Bernd Fleischmann

Robert Gabel

Tobias Gehrke

Yvonne Görs

bis TOP 10 (öffentlicher Teil)

Dr. Anke Hahnenkamp

Torsten Heil

Hennis Herbst

Tobias Herkules

Axel Hochschild

Katharina Horn

Antonia Linea Huhn

bis TOP 8.19 (öffentlicher Teil)

Jörg König

Nikolaus Kramer

Franziska Leesch

Jürgen Liedtke

Marian Alfred Moscinski

Prof. Dr. Markus Münzenberg

Gerd-Martin Rappen

Susanne Schmidt	ab TOP 2 (öffentlicher Teil)
Dr. Mignon Schwenke	
Lea Alexandra Siewert	
Birgit Socher	bis TOP 8.19 (öffentlicher Teil)
Dr. Jörg Valentin	
Erik von Malottki	
Luis Weber	ab TOP 6 (öffentlicher Teil)
Andreas Winter	
Dr. Monique Wölk	
Grit Wuschek	bis TOP 8.7 (öffentlicher Teil)
Ingo Ziola	

Protokollführung
Sarah Wiesenberg

Abwesend

<u>Mitglied</u>	
Anja Hübner	entschuldigt
Jörg-Uwe Krüger	entschuldigt
Dr. Thomas Meyer	entschuldigt
Stephan J. Reuken	entschuldigt
Prof. Dr. Felix von Podewils	entschuldigt

Verwaltung

Dr. Stefan Fassbinder	Oberbürgermeister, Dezernent für Innere Verwaltung, Bildung, Kultur und Sport
Achim Lerm	Dezernent für Bauwesen, Umwelt, Bürgerservice und Brandschutz, 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters
Tobias Schreiber	Rechtsamt, 2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.05.2025
- 4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/Einwohnerinnen
- 5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 6 Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- 7 Beschlusskontrolle
- 8 Beratung der Beschlussvorlagen
 - 8.1 Besetzungen und Zuteilungen
 - 8.2 3. Änderung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Die Präsidentin der Bürgerschaft

neue Version am 14.07.2025 - finanzielle Auswirkungen angepasst

8.2.1 Änderungsantrag zu 3. Änderung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0159-02
Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke

neue Version am 14.07.2025 - finanzielle Auswirkungen ergänzt

8.3 Änderung der Hundeverordnung
Helmut Holzrichter, Antragsberechtigt für die Ortsteilvertretung

Vertagung angekündigt am 08.07.2025

8.4 Beratungsgipfel Verkehrssituation Schönwalde II
Marcus Wiederhöft, Antragsberechtigt für die Ortsteilvertretung

8.5 Tierfreundliches Greifswald: Igelpopulation schützen
*Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI*

neue Version am 08.07.2025

8.6 Intelligente und digitale Steuerung von Lichtsignalanlagen (LSA)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

neue Version am 11.07.2025

8.7 Grundstücksverkäufe wieder ermöglichen
CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald

BV-P-ö/08/0159-04

BV-P-ö/08/0159-05

BV-P-ö/08/0157

BV-P-ö/08/0158

BV-P-ö/08/0152-01

BV-P-ö/08/0153-01

BV-P-ö/08/0154-01

8.8	AG Bezahlbarer Wohnraum wieder einrichten <i>Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke, Hennis Herbst</i>	BV-P-ö/08/0156
8.9	Auslosungsmodalitäten für den Zukunftsrat <i>neue Version am 11.07.2025</i>	BV-V/08/0166-01
8.10	Besetzung der AG Zukunftsrat	BV-V/08/0169
8.11	Entsendung eines weiteren Vertreters der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Kommunales Studieninstitut Mecklenburg-Vorpommern"	BV-V/08/0165
8.12	Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2026	BV-V/08/0152-01
8.13	Globalbeschluss zur Vergabe von Gewerbe- und Industriegrundstücken in Bebauungsplangebieten	BV-V/08/0141-01
8.14	Aufhebung Sperrvermerk lt. Beschluss Haushaltssatzung 2025/2026 für Bauvorhaben Neubau Bauhof	BV-V/08/0151
8.15	Außerplanmäßige Auszahlung für Anmietung Raummodule Interimsstandort Schulzentrum <i>neue Version am 14.07.2025</i>	BV-V/08/0164-03
8.16	Bebauungsplan Nr. 76.1 – Campingplatz am Kleinbahndamm, 1. Teilbereich –, Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschluss	BV-V/08/0143
8.17	Fortschreibung Lärmaktionsplan (Stufe 4) <i>neue Version am 14.07.2025</i>	BV-V/08/0148-01
8.18	Saubere Stadt Greifswald - Für eine Verbesserung der Straßensauberkeit in Greifswald <i>Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald, Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke</i> <i>neue Version am 14.07.2025</i>	BV-P-ö/08/0155-02
8.19	Installation von Videoüberwachungsanlagen und Verbesserung der Ordnung und Sicherheit an sensiblen Orten <i>Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative</i> <i>neue Version am 14.07.2025</i>	BV-P-ö/08/0160-02
8.20	Mehr Ordnung und Sicherheit durch Videoüberwachung und Alkoholverbotzonen <i>CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald</i> <i>neue Version am 14.07.2025</i>	BV-P-ö/08/0161-01
8.21	Personalkosten der Stadtverwaltung wirksam begrenzen <i>CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald</i>	BV-P-ö/08/0162
9	Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft	
10	Ende der Sitzung	

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.05.2025
- 4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 5 Mitteilungen der Präsidentin
- 6 Beschlusskontrolle
- 7 Beratung der Beschlussvorlagen
- 7.1 Ermächtigung zur Aufnahme von Pachtvertragsverhandlungen in potentiellen Windeignungsgebieten BV-V/08/0158
- 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
- 9 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . eröffnet die öffentliche Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . gibt einige Hinweise zum Livestream, zur Speicherung der Aufnahme, zur Möglichkeit des Widerspruchs der eigenen Aufnahme, zur Löschung sowie zum Verbot der Replizierung. Einen Widerspruch gegen die eigene Aufnahme gibt es nicht.
- . informiert über die anwesenden Medienvertretenden.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert über

neue Versionen

- zu TOP 8.2 „3. Änderung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ (BV-P-ö/08/0159-04)
- zu TOP 8.5 „Tierfreundliches Greifswald: Igelpopulation schützen“ (BV-P-ö/08/0152-01)
- zu TOP 8.6 „Intelligente und digitale Steuerung von Lichtsignalanlagen (LSA)“ (BV-P-ö/08/0153-01)
- zu TOP 8.9 „Auslosungsmodalitäten für den Zukunftsrat“ (BV-V/08/0166-01)
- zu TOP 8.15 „Außerplanmäßige Auszahlung für Anmietung Raummodule Interimsstandort Schulzentrum“ (BV-V/08/0164-03)
- zu TOP 8.17 „Fortschreibung Lärmaktionsplan (Stufe 4)“ (BV-V/08/0148-01)
- zu TOP 8.18 „Saubere Stadt Greifswald - Für eine Verbesserung der Straßensauberkeit in Greifswald“ (BV-P-ö/08/0155-02)

einen nachträglich eingegangenen Änderungsantrag

- zu TOP 8.2 „Änderungsantrag zu 3. Änderung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0159-02“ (BV-P-ö/08/0159-05) der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke
Hierzu gebe es ebenfalls eine neue Version.

nachträglich eingegangene Vorlagen

- „Installation von Videoüberwachungsanlagen und Verbesserung der Ordnung und Sicherheit an sensiblen Orten“ (BV-P-ö/08/0160-02) der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative
Hierzu gebe es ebenfalls eine neue Version.
→ Einordnungsvorschlag als TOP 8.19

- „*Mehr Ordnung und Sicherheit durch Videoüberwachung und Alkoholverbotzonen*“ (BV-P-ö/08/0161-01) der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald
Hierzu gebe es ebenfalls eine neue Version.
→ Einordnungsvorschlag als TOP 8.20

Da die Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) von Anliegen spreche, genüge es, wenn sich das Thema auf der Tagesordnung befinde.

Im Präsidium habe man daher vereinbart, dass darüber abgestimmt werde, ob die weitergehende Beschlussvorlage auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Dementsprechend gelte diese Abstimmung ebenfalls für die zweite Beschlussvorlage dieser Angelegenheit.

- „*Personalkosten der Stadtverwaltung wirksam begrenzen*“ (BV-P-ö/08/0162) der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald
→ Einordnungsvorschlag als TOP 8.21

TOP 8.3 sei vom Antragsteller in den nächsten Sitzungszyklus verschoben worden.

. weist darauf hin, dass zu TOP 8.17 „*Fortschreibung Lärmaktionsplan (Stufe 4)*“ (BV-V/08/0148-01) ein Vertreter des Planungsbüros anwesend sei, für welchen der Oberbürgermeister Rederecht beantragt habe, sofern Fragen bestehen.

Im Präsidium habe man sich darauf verständigt, diese Beschlussvorlage nach TOP 8.2 zu behandeln.

. lässt über die Aufnahme der Beschlussvorlage „*Installation von Videoüberwachungsanlagen und Verbesserung der Ordnung und Sicherheit an sensiblen Orten*“ (BV-P-ö/08/0160-02) der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative in die Tagesordnung abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	9	1

Damit sind die Beschlussvorlagen „*Installation von Videoüberwachungsanlagen und Verbesserung der Ordnung und Sicherheit an sensiblen Orten*“ (BV-P-ö/08/0160-02) der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative sowie „*Mehr Ordnung und Sicherheit durch Videoüberwachung und Alkoholverbotzonen*“ (BV-P-ö/08/0161-01) der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald auf der Tagesordnung.

. lässt über die Aufnahme der Beschlussvorlage „*Personalkosten der Stadtverwaltung wirksam begrenzen*“ (BV-P-ö/08/0162) der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald in die Tagesordnung abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	1	1

. teilt mit, dass sich das Präsidium auf eine verbundene Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 8.9 und 8.10 geeinigt habe.

Es besteht kein weiterer Änderungsbedarf.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	1

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.05.2025

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.

. informiert, dass unter TOP 4 die Beantwortung der Fragen zu Sicherheitsmaßnahmen hinsichtlich der Kabelverlegung bei Veranstaltungen und unter TOP 9 die Beantwortungen der Fragen zum Thema Wahlwerbung sowie der Bänke am Deich ergänzt werden.

Weiterer Änderungsbedarf besteht nicht.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die ergänzte Niederschrift abstimmen.

Bei der Abstimmung haben Frau Socher und Herr Hochschild ihre Stimme nicht abgegeben.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
30	0	4

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/Einwohnerinnen

Frau Nehmzow

. berichtet, dass am oberen Ende der Kuhstraße/Ecke Schuhhagen auf einem Anwohnerparkplatz ein sogenannter Fietsvlonder installiert worden sei. Es handele sich dabei um eine Plattform mit Fahrradbügeln zum Parken von Fahrrädern. Eine Vielzahl an Fahrradbügeln gebe es unweit im Bereich des Walls und der Schützenstraße, die überwiegend ungenutzt seien.

. fragt,

- auf wessen Veranlassung derartige Umsetzungen erfolgen.
- wie viele Parkplätze in den vergangenen 10 Jahren auf diese und vergleichbare Weise aus dem Innenstadtbereich entfernt worden seien. Dazu zähle ebenfalls das Umfunktionieren von Straßen in Anwohnerstraßen, Fahrradstraßen, Spielstraßen o. Ä.
- welchem Konzept dieses Handeln folge.

Herr Lerm

. teilt mit, dass die Beantwortung in Gänze nachgereicht werde. Die Fahrradabstellanlage in der Kuhstraße sei jedoch vorübergehender Natur. Ein Beschluss der Bürgerschaft beauftrage die Verwaltung mit der Prüfung, an welchen Orten weitere Fahrradabstellanlagen in der Innenstadt geschaffen werden könnten. Anhand dieser Maßnahme werde die Inanspruchnahme getestet. Die Verwaltung habe sich für die mobile Variante entschieden

und die verkehrsrechtliche Anordnung gelte noch bis Ende August. Anschließend werde ein neuer Standort ausgewählt.

In Kürze werde diesbezüglich eine Bürgerbeteiligung in Form eines QR-Codes eingerichtet, über den ein Feedback abgegeben werden könne.

Frau Gabel

. stellt einige Fragen zur Klimaresilienz Greifswalds:

- Wie viele Straßen und Plätze gebe es, die sich an heißen Tagen so erhitzen, dass sich ein längerer Aufenthalt (ab 30 min) gesundheitlich auf Mensch und Tier auswirke? Wo befinden sich diese?
- Wie viele kühle Plätze, frei zugängliche Räumlichkeiten und Grünanlagen gebe es in der Stadt, zu denen sich Menschen mit oder ohne tierische Begleitung zur Erholung an heißen Tagen begeben können? Wo befinden sich diese?
- Können diese heißen und auch die kühlen Plätze in der Greifswald-App ausgewiesen werden und sei dies noch in diesem Sommer möglich?
- Wo in Greifswald finden Einwohnerinnen und Einwohner sowie Besuchende Trinkwasserspender? Wo fehlen solche und sei deren Aufstellung geplant? Wenn ja, wo und bis wann werden diese fertiggestellt sein?
- Welche versiegelten Flächen in Greifswald könnten entsiegelt werden? Was sei geplant, hierfür zu tun? Könnten dafür auch Anwohnende als freiwillige Helfer und Helferinnen bei der Realisierung eingebunden werden?
- Welche Fassaden könnten begrünt werden? Welche Immobilieneigentümer und -eigentümerinnen – Wohnungsgesellschaft, Wohnungsbaugenossenschaft oder Private – wären für eine Fassadenbegrünung offen, welche nicht?
- Wie viele Gebäude in Greifswald hätten auf dem Dach Solaranlagen? Wie viele Gebäude könnten mit Solaranlagen ausgestattet werden? Welche positiven und welche möglichen negativen Effekte hätten Solaranlagen auf vielen Dächern in der Stadt? Welche tatsächlichen, finanziellen und rechtlichen Hürden gebe es, Solaranlagen auf den Dächern zu installieren? Wie könnten diese Hürden mit welchen Akteuren überwunden werden?
- Welche tatsächlichen, finanziellen und rechtlichen Hürden gebe es, Solar- oder Grünanlagen über die vielen Parkplätze in Greifswald zu bauen? Wie könnten diese Hürden mit welchen Akteuren überwunden werden?

Herr Lerm

. teilt mit, dass die Beantwortung nachgereicht werde.

. bittet, aufgrund des Umfangs und der Vielzahl der Fragen sich zukünftig gegebenenfalls an einen themenspezifischen Fachausschuss zu wenden.

Herr Methling

. geht auf die Wassercontainer bei Veranstaltungen ein, die als sogenannte Terrorsperren eingesetzt werden.

. fragt, ob für zukünftige Veranstaltungen ein Konzept zur Nachnutzung des Wassers entwickelt werden könne.

. schlägt halb versiegelte Parkflächen als Kompromiss zwischen Parken und Grünfläche sowie Abfließen von Wasser zur Grundwasserbildung vor.

Herr Lerm

. sagt, dass das Ablassen des Wassers in Abwägung mit der Wirtschaftlichkeit und der Belastung aller Betroffenen erfolgt sei. An den Terrorsperren müsse sicherheitsbedingt zukünftig festgehalten werden. Die Verwaltung arbeite jedoch an einer zukunftsfähigen Lösung.

5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. informiert über die nichtöffentlichen Beschlüsse der letzten Sitzung des Hauptausschusses. Die Übersicht wird als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigelegt.
. geht auf die derzeitige Haushaltslage ein und stellt das weitere Vorgehen vor.
. zeigt anhand einer Präsentation die kommunale, finanzielle Lage in ganz Deutschland. Gemeinsam mit den Fraktionen sei vereinbart worden, dass der Beschluss zu Maßnahmen der Haushaltsverbesserung in der Sitzung der Bürgerschaft am 13.10.2025 gefasst werde. Dazu gebe es in Absprache mit dem Ausschussvorsitzenden eine Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen am 24.07.2025.
. gibt Informationen zum aktuellen Stand der Kita „Regenbogen“. Es entstehe ein Ersatzneubau für die Kita, deren altes Gebäude von 1973 abgerissen werden solle. Der erste Bauabschnitt, in dem die Gruppenräume für Krippe und Kindergarten entstehen, beginne am 21.07.2025 und werde bis November 2026 bezugsfertig sein. Anschließend erfolge der Rückbau der Bestandskindertagesstätte bis zum Januar 2027. Daran schließe sich der zweite Bauabschnitt in Form eines eingeschossigen Anbaus mit Sportraum und Frischeküche an. Dieser Bereich solle Mitte November 2027 bezugsfertig sein. Die Kapazität von 172 Plätzen werde beibehalten. Derzeit seien 161 Plätze belegt.

Anlage 1 Beschlussliste der nichtöffentlichen Beschlüsse des Hauptausschusses vom 30.06.2025 öffentlich

6 Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.
. informiert über die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse der letzten Sitzung der Bürgerschaft. Die Übersicht wird als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigelegt.
. bedankt sich bei allen haupt- und ehrenamtlich Engagierten für die Organisation des MV-Tages. Das gesamte Wochenende sei hervorragend und vielfältig gestaltet worden.
. weist auf das bevorstehende Fischerfest am kommenden Wochenende hin. Der Eintritt sei in diesem Jahr durch einen Beschluss der Bürgerschaft kostenfrei.
. sagt, dass die von ihr wahrgenommenen Termine in ihrem Tätigkeitsbericht zu finden seien.
. hebt den Spatenstich für das neue Schulzentrum am Ellernholzteich hervor.
Die Anpassungen hinsichtlich des Haushaltes werden die Bürgerschaft auch weiterhin beschäftigen.
. macht darauf aufmerksam, dass sich die bürgerschaftlichen Gremien ab der nächsten

Woche in der Sommerpause befinden.

Herr Weber nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

Anlage 1 Beschlussliste der nichtöffentlichen Beschlüsse der Bürgerschaft vom
14.07.2025 öffentlich

7 Beschlusskontrolle

Herr Barsch

. fragt hinsichtlich der Sanierung des Volksstadions nach dem aktuellen Stand.
Bezüglich des Beschlusses zur Sanierung des Sportplatzes Hainstraße sei angegeben worden, dass für den Zuschuss in Höhe von 60 TEUR eine Deckungsquelle aufgrund der Beschlüsse des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern ausstehe.
. möchte wissen, ob diesbezüglich eine Vorgehensweise festgelegt sei bzw. was die Mitglieder der Bürgerschaft unterstützend beitragen könnten.

Herr Burmeister nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

Herr Lerm

. berichtet zum Thema Sanierung des Volksstadions, dass ein Treffen mit Vertretenden des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern stattgefunden habe. In dem Gespräch habe man sich über Möglichkeiten zum Generieren von Fördermitteln ausgetauscht.

Der Oberbürgermeister

. antwortet hinsichtlich der Sanierung des Sportplatzes Hainstraße, dass es formal keinen Anspruch auf diesen Zuschuss gebe und dieser von der Haushaltslage abhängen. Dennoch bemühe sich die Verwaltung um eine Lösung. Ein Teil des Geldes sei intern bereits verfügbar. Ein anderer Teil hänge von der Bürgerschaft ab. In der zugesandten Liste zur Verbesserung des Haushaltes seien unter den Positionen 14 und 15 gestrichene Investitionen zu finden, deren Streichung durch die Bürgerschaft beschlossen werden müsste. Anschließend könne die gesamte Summe ausgezahlt werden.

8 Beratung der Beschlussvorlagen

8.1 Besetzungen und Zuteilungen

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert gem. § 11 der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über folgende Veränderungen zu den bereits mitgeteilten Besetzungen:

Aufsichtsrat der Greifswalder Parkraumbewirtschaftungsgesellschaft mbH
Jürgen Liedtke habe Detlef Borchert als Mitglied ersetzt.

Ortsteilvertretung Schönwalde II und Groß Schönwalde
Lukas Dominik Kretschmer habe Antonia Linea Huhn als Mitglied ersetzt.

Außerdem seien noch einige Stellvertretungen umbesetzt worden.

Die genannten Veränderungen seien bereits im Informationssystem eingearbeitet und könnten dort eingesehen werden.

8.2 3. Änderung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

BV-P-ö/08/0159-04

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Barsch bringt den Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu 3. Änderung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0159-02“ (BV-P-ö/08/0159-05) der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke ein.

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . regt folgende Änderung des Beschlussvorschlages im Änderungsantrag an:

Die 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung wird in Punkt 13 wie folgt ergänzt:

„§ 19 Ab. 2 der Hauptsatzung wird am Ende um folgenden Satz ergänzt:

Die Besetzung erfolgt ab der 9. Wahlperiode der Bürgerschaft ~~der UHGW gem. § 42- Abs. 3 Satz 3 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern durch unmittelbare Wahl der Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils (§42 Abs. 3 Satz 4 KV M-V).~~“

Die Änderung wird vom Einbringer übernommen.

Der Oberbürgermeister

- . sagt, dass die Verwaltung das Anliegen grundsätzlich verstehe. Wenn sich die Bürgerschaft dafür entscheide, sei Greifswald die erste Kommune, die diese Direktwahl in Ortsteilvertretungen umsetze. Demzufolge seien viele offene Fragen zu klären – u. a. die Einteilung der Wahlbezirke, welche Wahlvorschlagsträger, Zeitpunkt der Wahl, Wahlperiodendauer, Größe und Zuschnitt der Ortsteilvertretungen etc. Damit gehen erhebliche organisatorische, finanzielle und personelle Aufwendungen einher.

. regt an, dieses Anliegen um einen Sitzungszyklus zu verschieben, damit die Verwaltung ausführliche Argumente und Informationen zur Verfügung stellen könne.

Herr Herbst

. begrüßt die Anpassung der Hauptsatzung an die Änderungen der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) sowie das Signal des Oberbürgermeisters und seines 1. Stellvertreters, die aufgrund der aktuellen Haushaltslage ihre Aufwandsentschädigungen reduzieren.

. hält es aus diesem Grund auch für richtig, dass die Änderung der Stunden für die Fraktionsgeschäftsführenden nicht vorgenommen werde.

. befürwortet es, in der Sitzung der Bürgerschaft am 13.10.2025 über die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der bürgerschaftlichen Gremien zu diskutieren.

. wirbt für eine fraktionsübergreifende Lösung.

Herr Burmeister

. moniert die Kurzfristigkeit des Änderungsantrages und macht auf den bereits bestehenden hohen zeitlichen Aufwand am Wahltag der Kommunalwahlen aufmerksam.

Herr Hochschild

. hinterfragt, warum die Aufwandsentschädigung des 2. Stellvertreters des Oberbürgermeisters erhöht werde.

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. weist darauf hin, dass eine Begründung in der Sachdarstellung aufgeführt sei und dieses Thema auch in der Sitzung des Präsidiums angesprochen worden sei. Die Erhöhung resultiere aus dem gewachsenen Aufgabenspektrum. Es kämen Aufgaben hinzu, die nicht stellenimmanent seien. Zudem werde diese Aufgabe neben der hauptamtlichen Tätigkeit im Ehrenamt ausgeübt.

Der Oberbürgermeister

. ergänzt, dass laut Entschädigungsverordnung für die 2. Stellvertretung eine Aufwandsentschädigung bis zu 1 TEUR vorgesehen sei. Die letzte Erhöhung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald sei 2015 vorgenommen worden.

Herr Barsch

. erklärt sich mit einer Vertagung der Angelegenheit des Änderungsantrages einverstanden. Wichtig sei, dass diese Möglichkeit diskutiert werde. Das Anliegen werde im nächsten Gremienlauf neu eingebracht. Dieser Änderungsantrag „*Änderungsantrag zu 3. Änderung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0159-02“ (BV-P-ö/08/0159-05) werde demzufolge zurückgezogen.

Herr Liedtke

. macht darauf aufmerksam, dass Mitglieder der Bürgerschaft in anderen Ortsteilen sehr engagierte Arbeit geleistet hätten. Durch die Forderung im Änderungsantrag hätten Mitglieder der Bürgerschaft keine Möglichkeit mehr, in Ortsteilvertretungen mitzuwirken.

. sieht diese Veränderung kritisch, was beispielsweise die Informationsweitergabe angehe.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Die Sitzung wird mit TOP 8.17 fortgesetzt.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt die angehängte 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
29	7	2

Anlage 1 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald öffentlich

Anlage 2 Synopse zur 3. Änderungssatzung öffentlich

**8.2.1 Änderungsantrag zu 3. Änderung zur Hauptsatzung der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald BV-P-ö/08/0159-05**
Antrag zur Vorlage BV-P-ö/08/0159-02

behandelt unter TOP 8.2

Ergebnis:

zurückgezogen

8.3 Änderung der Hundeverordnung BV-P-ö/08/0157

Ergebnis:

in den nächsten Sitzungszyklus verschoben

8.4 Beratungsgipfel Verkehrssituation Schönwalde II BV-P-ö/08/0158

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Wiederhöft – Vorsitzender der Ortsteilvertretung Schönwalde II und Groß Schönwalde
– bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Hochschild

. sagt, dass die Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative sich nicht gegen das Anliegen ausspreche. Allerdings seien solche Angelegenheit innerhalb der Ortsteilvertretung zu lösen, beispielsweise in dem sich der Vorsitzende an die Verwaltungsspitze wende. Es könne nicht zu jeder Thematik ein Beratungsgipfel einberufen werden.

Herr Weber

. schlägt vor, die zuständigen Personen im Rahmen einer Sondersitzung der Ortsteilvertretung explizit zu diesem Thema einzuladen.

Frau Wuschek

. befürwortet die Idee der Beschlussvorlage, teilt jedoch nicht die Umsetzung. Die Ortsteilvertretung sollte sich direkt an die Verwaltung wenden und anschließend Lösungsvorschläge in die bürgerschaftlichen Gremien einbringen.

Herr von Malottki

. plädiert für mehr Wertschätzung der Arbeit der Ortsteilvertretung und macht darauf aufmerksam, dass es bei diesem Antrag um die Sicherheit von Kindern gehe.
. unterstützt das Anliegen.

Herr Heil

. fragt, wie die Problematik zustande gekommen sei und weshalb nicht bereits Gegenmaßnahmen eingeleitet worden seien.

Der Oberbürgermeister

. informiert, dass die Stadtverwaltung den Verkehr regelmäßig beobachtet. Eine Unfallkommission prüfe, an welchen Orten Gefahren aufträten, die sich in Unfällen – unabhängig von deren Schwere – manifestieren. Sofern ein solcher Unfallschwerpunkt ausgemacht worden sei, werde die Stelle zusammen mit der Polizei und anderen Einrichtungen untersucht. Der in Rede stehende Ort sei kein Unfallschwerpunkt. Demzufolge sei seitens der Verwaltung kein zwingender Handlungsbedarf gesehen worden. Dies bedeute nicht, dass Menschen diese Situation als nicht unbefriedigend ansehen.

Herr Wiederhöft

. legt dar, dass die Ortsteilvertretung bereits mehrfach vergeblich Verwaltungsmitarbeitende zu Sitzungen eingeladen habe. Erfahrungsgemäß sei dieser Weg in Abstimmung mit der Ortsteilvertretung eingeschlagen worden.
. schlägt eine Vorortbegehung vor.
. bezieht sich auf die Aussage des Oberbürgermeisters und sagt, dass die Verwaltung an diesem Ort bereits Veränderungen bei der Beschilderung vorgenommen habe. Diese gehen der Ortsteilvertretung jedoch nicht weit genug.

Herr König

. teilt mit, dass die verkehrliche Überplanung nicht sehr weit zurückliege und die Mitglieder der Bürgerschaft und des Ausschusses für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit davor gewarnt hätten, dass die ergriffenen Maßnahmen für Rad- und Fußgängerverkehr nicht besonders attraktiv seien.

Herr Wiederhöft

. verneint die Frage von Frau Wuschek, ob sich die Ortsteilvertretung hinsichtlich einer Verkehrsberuhigung konkret an die Verwaltung gewandt habe.

Herr Lerm

. widerspricht der Aussage von Herrn Wiederhöft, dass die Verwaltung nicht an Sitzungen teilgenommen habe. Er sei persönlich in der Sitzung der Ortsteilvertretung anwesend gewesen und habe das Problem aufgenommen. Die Verwaltung habe anschließend mit der Kindertagesstätte „Tausend Farben“ die Hol- und Bringe-Situationen ausgewertet sowie Gespräche mit der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald über die anliegenden Parkplätze geführt.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beauftragt auf Empfehlung der Ortsteilvertretung Schönwalde II und Groß Schönwalde (OTV SWII) den Oberbürgermeister mit der Initiierung einer Beratung unter Führung des Dezernenten für Bauwesen, Umwelt, Bürgerservice und Brandschutz zusammen mit den Quartierskoordinatoren, den betroffenen Abteilungen der Stadtverwaltung und Netzwerkpartnern wie dem Pommerschen Diakonieverein e. V., der Wohnungsbau-Genossenschaft Greifswald eG und der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald, um die Verkehrssituation im Bereich Tolstoistraße/ Ernst-Thälmann-Ring/ Puschkinring zu analysieren und bei Bedarf Maßnahmen zur Entschärfung zu erarbeiten.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	11	2

8.5 Tierfreundliches Greifswald: Igelpopulation schützen

BV-P-ö/08/0152-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Gabel bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Kramer

. fragt, wie viele Mähroboter in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald privat und öffentlich im Einsatz seien und wie viele Unfälle dieser Art es gebe.
. befürwortet das Ansinnen. Allerdings stelle sich die Fraktion die Fragen, wer die Kontrollen übernehme und in welcher Form. Daher lehne die AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft die Beschlussvorlage ab.
In dieser Thematik sollten die Garteninhaberinnen und Garteninhaber durch Gespräche und Öffentlichkeitsarbeit sensibilisiert werden.

Herr Gabel

. sagt, dass in Potsdam über 100 Fälle gezählt worden seien– ohne Dunkelziffer -, was ungefähr vergleichbar sei. Die Öffentlichkeitsarbeit sei Bestandteil dieser Beschlussvorlage. Zudem bestünden bereits viele nächtliche Verbote.

Herr Dr. Kerath

. bestätigt, die hohe Anzahl von Igelverletzungen. Nahezu täglich werden verletzte Igel in den Tierpark gebracht.
Die Vorlage sollte eine Signalwirkung entfalten.
. beantragt im Namen der Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke namentliche Abstimmung.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt namentlich über die Beschlussvorlage abstimmen.

Mitglied der Bürgerschaft	Fraktion	Abstimmung
Herr Shady Al-Khoury	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Ja
Herr Johannes Barsch	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Ja
Her Yannick Elias Bauer	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Enthaltung

Herr Stephan Bucars	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Ulf Burmeister	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Enthaltung
Frau Camille Damm	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ja
Herr Bernd Fleischmann	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Robert Gabel	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Ja
Herr Tobias Gehrke	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Enthaltung
Frau Yvonne Görs	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Ja
Frau Dr. Anke Hahnenkamp	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ja
Herr Torsten Heil	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Enthaltung
Herr Hennis Herbst	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Ja
Herr Tobias Herkules	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Axel Hochschild	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Ja
Frau Katharina Horn	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ja
Frau Antonia Linea Huhn	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Ja
Herr Dr. Andreas Kerath	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Ja
Herr Jörg König	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ja
Herr Nikolaus Kramer	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Frau Franziska Leesch	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Ja
Herr Jürgen Liedtke	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Enthaltung
Herr Marian Moscinski	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Enthaltung
Herr Prof. Dr. Markus Münzenberg	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ja
Herr Gerd-Martin Rappen	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Frau Susanne Schmidt	Einzelmitglied	Ja
Frau Dr. Mignon Schwenke	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Ja
Frau Lea Alexandra Siewert	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Ja
Frau Birgit Socher	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Ja
Frau Prof. Dr. Madeleine Tolani	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Dr. Jörg Valentin	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Erik von Malottki	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Ja
Herr Luis Weber	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Andreas Winter	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Ja
Frau Kira Wisnewski	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ja
Frau Dr. Monique Wölk	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Ja
Frau Grit Wuschek	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Ja
Herr Ingo Ziola	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Ja

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt,

die Verwaltung zu beauftragen, Maßnahmen zum Schutz von nachtaktiven Tieren, insbesondere Igel, mittels teilweiser Einschränkung von Mährobotern zu ergreifen und der Bürgerschaft entsprechende rechtliche Maßnahmen vorzulegen.

Beschlusskontrolle: Bürgerschaft am 08.12.2025

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	5	6

**8.6 Intelligente und digitale Steuerung von
 Lichtsignalanlagen (LSA)**

BV-P-ö/08/0153-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Prof. Dr. Münzenberg bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Al-Khouri und Herr Liedtke

. sprechen sich für die Ablehnung der Beschlussvorlage aus, da mehrere personelle Kapazitäten und Ressourcen der Verwaltung mit der Umsetzung gebunden werden. Zunächst sollten die Straßen in der Stadt hergerichtet werden.

Herr von Malottki

. sieht die Beschlussvorlage als zukunftsweisend und bittet um Zustimmung.

Herr König

. befürwortet die Beschlussvorlage, da sie u. a. für alle Verkehrsteilnehmende etwas bewirke.

Kira Wisnewski

. zeigt anhand von Beispielen, dass insbesondere abends und nachts der Verkehr nicht unnötig durch eine Rotphase unterbrochen werden sollte, während keine anderen Verkehrsteilnehmenden an der Ampel warten.

Herr Heil

. fragt nach den Kosten der Installation.

Herr König

. weist darauf hin, dass es sich hierbei um einen Prüfauftrag handele.
. macht darauf aufmerksam, dass die Veränderung einer Ampelschaltung enorme Kosten mit sich bringe. Sofern die Verwaltung in der Lage sei, die Ampeln selbst zu steuern, habe die Stadt zum einen die Kompetenz wieder inne und könne zum anderen die Kosten reduzieren.

Herr Dr. Valentin

. rät den Fraktionen dazu, zunächst alle notwendigen Informationen zusammenzutragen, um dann der Bürgerschaft eine entsprechende Vorlage vorzulegen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr Kramer seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen und darzustellen, wie eine intelligente und digitale Steuerung von Lichtsignalanlagen im Greifswalder Stadtgebiet mittel- und langfristig realisiert werden kann.

Hierzu ist insbesondere der Kosten- und Personalbedarf für eine Planung zu klären sowie ein etwaiger Zeithorizont zu skizzieren.

Zu prüfen ist dabei auch, inwieweit durch den Aufbau von Steuerungskompetenzen innerhalb der Stadtverwaltung die Beauftragung von Dritten für künftige Anpassungen reduziert werden kann.

Hierbei sollen vorrangig folgende Ziele verfolgt werden:

- Optimierung des ÖPNV durch smarte/steuerbare Ampelschaltungen
- Verbesserung des Verkehrsflusses durch eine bedarfsgerechte Ampelsteuerung für alle Verkehrsteilnehmende
- Reduzierung von Kosten für künftige Anpassungen durch weniger Beauftragungen von Dritten

Kurzfristig soll bei der Beschaffung von Ersatz- und Neubauten von LSA bereits darauf geachtet werden, dass diese Geräte in künftige Systeme integrierbar sind.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	11	7

8.7 Grundstücksverkäufe wieder ermöglichen

BV-P-ö/08/0154-01

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Rappen bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Barsch

. teilt mit, dass die Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke die Beschlussvorlage ablehne. An wenigen Stellen habe die kommunale Ebene so wenig Steuerungsmöglichkeiten. Jedes Grundstück, welches privatisiert werde, könne nicht mehr von zukünftigen Generationen verwaltet werden und sei der Allgemeinheit bis auf weiteres entzogen. Vor diesem Hintergrund sei es nicht der richtige Weg, dieses Management abzuschaffen. Die Beschlussvorlage suggeriere zudem, dass der Verkauf von Grundstücken bisher nicht möglich gewesen sei. Dies entspreche nicht der Wahrheit. Der Verkauf stehe lediglich unter Begründungsbedarf. Die Priorisierung anderer Vergabeoptionen, wie Miete, Pacht und Erbbaurecht sei sinnvoll. Auch die Universität und die Kirche verfolge seit langer Zeit und sehr erfolgreich keine Verkaufsstrategie. . beantragt namentliche Abstimmung.

Herr Heil

. ist der Meinung, dass sich der Wohnraum besser entwickle, wenn Kapital durch Verkäufe gesteigert werde. Durch das eingenommene Geld könne die Haushaltslage und die Handlungsfähigkeit verbessert werden.

Herr Herbst

. sieht das Vorgehen nicht als nachhaltiges Vermögensmanagement. Durch die Streichung der bisherigen Strategien werde der Steuerungshebel der Stadt entzogen und an privaten Investoren und Investorinnen weitergegeben, die womöglich die Stadt noch nie betreten haben.

. spricht sich für das Ablehnen der Beschlussvorlage aus.

Herr Burmeister

. versteht die Beschlussvorlage so, dass lediglich der Vorrang für die Erbbaupacht aufgehoben werde.

. sieht die größten Kapitalgebenden in der Bevölkerung der Stadt. In Fällen von Erbbaupachtverträgen könne auch keine strategische Flächenplanung umgesetzt werden. Die Grundstücke mancher Bebauungspläne lassen sich nur schwer verkaufen, was hinterfragt werden müssen.

Herr König

. macht darauf aufmerksam, dass die Einnahmen durch Grundstücksverkäufe kaum für andere Projekte genutzt werden können, sondern dafür dienen, die Defizite auszugleichen.

. bezweifelt, dass die Stadt strategisch mit Grundstücken handeln sollte.

. betont die Wichtigkeit der Priorisierung der Verpachtung, da nicht immer zwei Möglichkeiten gleichgestellt und verglichen werden könnten.

Der Verkauf von Grundstücken sichere auch nicht in jedem Fall eine gesunde Entwicklung der Stadt, was sich bereits in verschiedenen Fällen herausgestellt habe.

Herr Heil beantragt Einzelabstimmung der Punkte des Beschlussvorschlages.

Demzufolge bezieht sich die namentliche Abstimmung auf Nachfrage ebenfalls auf alle Punkte der Beschlussvorlage.

Frau Wuschek hat die Sitzung der Bürgerschaft verlassen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt namentlich und einzeln über die Punkte des Beschlussvorschlages abstimmen.

Punkt 1 des Beschlussvorschlages

Mitglied der Bürgerschaft	Fraktion	Abstimmung
Herr Shady Al-Khouri	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Herr Johannes Barsch	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Her Yannick Elias Bauer	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Nein
Herr Stephan Bucars	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Ulf Burmeister	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Ja
Frau Camille Damm	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Herr Bernd Fleischmann	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Robert Gabel	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Nein
Herr Tobias Gehrke	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Nein
Frau Yvonne Görs	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein

Frau Dr. Anke Hahnenkamp	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Herr Torsten Heil	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Hennis Herbst	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Tobias Herkules	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Axel Hochschild	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Frau Katharina Horn	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Frau Antonia Linea Huhn	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Nein
Herr Dr. Andreas Kerath	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Jörg König	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Herr Nikolaus Kramer	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Frau Franziska Leesch	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Herr Jürgen Liedtke	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Herr Marian Moscinski	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Nein
Herr Prof. Dr. Markus Münzenberg	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Herr Gerd-Martin Rappen	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Frau Susanne Schmidt	Einzelmitglied	Ja
Frau Dr. Mignon Schwenke	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Frau Lea Alexandra Siewert	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Nein
Frau Birgit Socher	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Frau Prof. Dr. Madeleine Tolani	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Dr. Jörg Valentin	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Erik von Malottki	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Luis Weber	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Andreas Winter	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Frau Kira Wisnewski	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Frau Dr. Monique Wölk	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Ingo Ziola	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein

Punkt 2 des Beschlussvorschlages

Mitglied der Bürgerschaft	Fraktion	Abstimmung
Herr Shady Al-Khoury	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Herr Johannes Barsch	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Her Yannick Elias Bauer	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Ja
Herr Stephan Bucars	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Ulf Burmeister	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Ja
Frau Camille Damm	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Herr Bernd Fleischmann	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein

Herr Robert Gabel	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Nein
Herr Tobias Gehrke	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Ja
Frau Yvonne Görs	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Frau Dr. Anke Hahnenkamp	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Herr Torsten Heil	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Hennis Herbst	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Tobias Herkules	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Axel Hochschild	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Frau Katharina Horn	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Frau Antonia Linea Huhn	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Nein
Herr Dr. Andreas Kerath	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Jörg König	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Herr Nikolaus Kramer	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Frau Franziska Leesch	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Herr Jürgen Liedtke	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Herr Marian Moscinski	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Nein
Herr Prof. Dr. Markus Münzenberg	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Herr Gerd-Martin Rappen	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Frau Susanne Schmidt	Einzelmitglied	Ja
Frau Dr. Mignon Schwenke	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Frau Lea Alexandra Siewert	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Nein
Frau Birgit Socher	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Frau Prof. Dr. Madeleine Tolani	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Dr. Jörg Valentin	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Erik von Malottki	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Luis Weber	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Andreas Winter	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Frau Kira Wisnewski	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Frau Dr. Monique Wölk	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Ingo Ziola	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein

Punkt 3 des Beschlussvorschlages

Mitglied der Bürgerschaft	Fraktion	Abstimmung
Herr Shady Al-Khouri	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Herr Johannes Barsch	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Her Yannick Elias Bauer	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Ja
Herr Stephan Bucars	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein

Herr Ulf Burmeister	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Ja
Frau Camille Damm	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Herr Bernd Fleischmann	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Robert Gabel	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Nein
Herr Tobias Gehrke	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Ja
Frau Yvonne Görs	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Frau Dr. Anke Hahnenkamp	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Enthaltung
Herr Torsten Heil	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Hennis Herbst	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Tobias Herkules	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Axel Hochschild	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Frau Katharina Horn	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Frau Antonia Linea Huhn	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Nein
Herr Dr. Andreas Kerath	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Jörg König	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Enthaltung
Herr Nikolaus Kramer	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Frau Franziska Leesch	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Herr Jürgen Liedtke	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Herr Marian Moscinski	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Nein
Herr Prof. Dr. Markus Münzenberg	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Herr Gerd-Martin Rappen	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Frau Susanne Schmidt	Einzelmitglied	Ja
Frau Dr. Mignon Schwenke	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Frau Lea Alexandra Siewert	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Nein
Frau Birgit Socher	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Frau Prof. Dr. Madeleine Tolani	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Dr. Jörg Valentin	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Erik von Malottki	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Luis Weber	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Ja
Herr Andreas Winter	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Frau Kira Wisnewski	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Frau Dr. Monique Wölk	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Ingo Ziola	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein

Punkt 5 des Beschlussvorschlages

Mitglied der Bürgerschaft	Fraktion	Abstimmung
Herr Shady Al-Khouri	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein

Herr Johannes Barsch	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Her Yannick Elias Bauer	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Enthaltung
Herr Stephan Bucars	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Ulf Burmeister	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Ja
Frau Camille Damm	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Herr Bernd Fleischmann	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Robert Gabel	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Nein
Herr Tobias Gehrke	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Ja
Frau Yvonne Görs	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Frau Dr. Anke Hahnenkamp	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Herr Torsten Heil	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Hennis Herbst	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Tobias Herkules	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Axel Hochschild	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Frau Katharina Horn	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Frau Antonia Linea Huhn	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Nein
Herr Dr. Andreas Kerath	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Jörg König	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Enthaltung
Herr Nikolaus Kramer	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Frau Franziska Leesch	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Herr Jürgen Liedtke	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Herr Marian Moscinski	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Nein
Herr Prof. Dr. Markus Münzenberg	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Herr Gerd-Martin Rappen	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Frau Susanne Schmidt	Einzelmitglied	Ja
Frau Dr. Mignon Schwenke	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Frau Lea Alexandra Siewert	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Nein
Frau Birgit Socher	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Frau Prof. Dr. Madeleine Tolani	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Dr. Jörg Valentin	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Erik von Malottki	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Luis Weber	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Andreas Winter	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Frau Kira Wisnewski	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Frau Dr. Monique Wölk	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Ingo Ziola	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein

Punkt 6 des Beschlussvorschlages

Mitglied der Bürgerschaft	Fraktion	Abstimmung
Herr Shady Al-Khouri	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Herr Johannes Barsch	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Her Yannick Elias Bauer	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Enthaltung
Herr Stephan Bucars	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Ulf Burmeister	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Ja
Frau Camille Damm	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Herr Bernd Fleischmann	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Robert Gabel	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Nein
Herr Tobias Gehrke	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Ja
Frau Yvonne Görs	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Frau Dr. Anke Hahnenkamp	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Herr Torsten Heil	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Hennis Herbst	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Tobias Herkules	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Axel Hochschild	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Frau Katharina Horn	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Frau Antonia Linea Huhn	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Nein
Herr Dr. Andreas Kerath	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Jörg König	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Enthaltung
Herr Nikolaus Kramer	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Frau Franziska Leesch	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Herr Jürgen Liedtke	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Herr Marian Moscinski	Fraktion "Gemeinsam für Greifswald"	Nein
Herr Prof. Dr. Markus Münzenberg	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Enthaltung
Herr Gerd-Martin Rappen	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Frau Susanne Schmidt	Einzelmitglied	Ja
Frau Dr. Mignon Schwenke	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Frau Lea Alexandra Siewert	Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI	Nein
Frau Birgit Socher	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Frau Prof. Dr. Madeleine Tolani	CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald	Ja
Herr Dr. Jörg Valentin	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Erik von Malottki	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Luis Weber	AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft	Nein
Herr Andreas Winter	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein
Frau Kira Wisnewski	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nein
Frau Dr. Monique Wölk	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke	Nein
Herr Ingo Ziola	Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative	Nein

PAUSE
19:23 Uhr – 19:36 Uhr

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft hebt ihre Beschlüsse BV-P-ö/07/0197-O-O1 „Nachhaltiges Management des städtischen Grundstücksvermögens“ vom 04.04.2022 und BV-V/07/0794-O1 „Teilstrategie zum nachhaltigen Management des Grundstücksvermögens der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ vom 18.10.2023 auf.
2. Die Bürgerschaft beschließt, dass hinsichtlich des Grundstücksvermögens der Stadt Verkäufe möglich und gleichrangig mit Vermietungen, Verpachtungen und Erbbaurechtsverträgen zu behandeln sind. Dies gilt für alle geplanten Nutzungszwecke der jeweiligen Grundstücke inklusive Gewerbeansiedlungen. Mit entsprechenden Beschlussvorlagen ist eine begründete Empfehlung hinsichtlich des gewählten Vergabeinstrumentes zu geben.
3. Die Bürgerschaft beschließt, dass Einnahmen aus Grundstücksverkäufen vorrangig für den strategischen Zukauf von Flächen eingeplant werden sollen.
4. Die Bürgerschaft beauftragt die Stadtverwaltung ausgehend von den Punkten 1 bis 3 dieser Beschlussvorlage mit der Überarbeitung der Strategie zum städtischen Grundstücksvermögen.
5. Die Bürgerschaft ändert ihren Beschluss BV-V/07/0120 „Mögliche Grundstücke für den sozialen, bezahlbaren und sonstigen Wohnungsbau“ vom 03.02.2020 dahingehend, dass die im Beschluss benannte Fläche an der Ecke Grimmer Straße/Loitzer Straße ohne weitere Auflagen höchstbietend vergeben wird.
6. Die Bürgerschaft ändert ihren Beschluss BV-V/07/0332-01 „Sozialer und bezahlbarer Wohnungsbau im B-Plan Nr. 13 – Am Elisenpark“ vom 01.02.2021 dahingehend, dass Bauparzelle 1 im Bebauungsplan Nr. 13 ohne weitere Auflagen höchstbietend vergeben wird.

Ergebnis:

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Punkt 1	6	31	0
Punkt 2	8	29	0
Punkt 3	9	26	2
Punkt 4	Aufgrund der Ablehnung von Punkt 1 erfolgt keine Abstimmung.		
Punkt 5	7	28	2
Punkt 6	7	27	3

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Herbst bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Herkules

. sagt, dass sich die CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald über die Herausforderungen auf dem Greifswalder Wohnungsmarkt im Klaren sei. Allerdings finde man die Lösungen nicht durch die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft. Die Bürgerschaft wisse, was zu tun sei – z. B. die Stärkung der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald und Wohnungsbau-Genossenschaft Greifswald eG oder die Schaffung von verlässlichen Bedingungen für private Investoren. Daher lehne die Fraktion die Beschlussvorlage ab.

Frau Dr. Wölk

. berichtet von den Ergebnissen der bisherigen AG „Bezahlbarer Wohnraum“. Die Situation habe sich mittlerweile verändert, jedoch seien die Mieten in der Stadt weiterhin sehr hoch. Die inhaltlich tiefen Diskussionen zu diesem Thema könnten in Sitzungen der Fachausschüsse oder der Bürgerschaft nicht in dem Umfang geführt werden, wie es in einer Arbeitsgemeinschaft möglich sei.
. gibt einen Rückblick auf die Zusammensetzung der bisherigen AG sowie deren Tätigkeiten. Die AG solle Lösungswege aufweisen und neue Wege diskutieren sowie mit dem Land ins Gespräch kommen.
. wirbt um Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Herr König

. geht auf den Redebeitrag von Herrn Herkules ein und lädt zur Diskussion über diese Ansätze und deren Inhalt in die AG ein.

Herr Burmeister

. sieht den Grund für den Wohnraummangel im steigenden Bevölkerungswachstum. Wohnraum könne nur durch weiteres Bauen geschaffen werden. Die Durchschnittsmieten bei der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald betragen 5,61 EUR/m², was nicht ungemein hoch sei. Teuer seien die Neubauten. An den grundlegenden Bedingungen könne die AG nichts ändern. Die Mieten für die Bestandsmieter und -mieterinnen werden kaum erhöht. Kostensteigerungen gebe es meist nur bei der Neuvermietung, um die Ausgaben zu decken.

Herr von Malottki

. erinnert an die sehr gute, sachliche Zusammenarbeit der damaligen AG „Bezahlbarer Wohnraum“. Der einst erarbeitete Maßnahmenkatalog habe einige Veränderungen bewirkt.
. gibt Herrn Burmeister recht, dass die großen Rahmenbedingungen nicht verändert werden können. Aber es gebe Vergleichswerte aus anderen Städten, aus denen man Konsequenzen und Handlungen ableiten könne.
Schaffung von Wohnraum erfolge nicht nur durch das Bauen. Es gebe eine Vielzahl an Hebeln, durch die eine Steuerung möglich sei.
. sieht in der AG die Möglichkeit, fraktionsübergreifend an Lösungen für eines der wichtigsten Themen der Bevölkerung zu arbeiten.

Der Oberbürgermeister

. verdeutlicht, dass seit ca. 10 Jahren die Wohnraumproblematik eine der Hauptaufgaben in Greifswald sei. Die Verwaltung habe daran gearbeitet, indem Voraussetzungen für neuen Wohnraum geschaffen worden seien. In den letzten Jahren seien über zweieinhalbtausend

Wohnungen in unterschiedlichen Preiskategorien entstanden, wodurch sich die Lage etwas verbessert habe.

Herr Herbst

. bezweifelt, dass eine deutliche Verbesserung auf dem Wohnungsmarkt erkennbar sei. Das eigentliche Problem sei, dass die Bevölkerung insgesamt weniger Geld zur Verfügung habe, um den Großteil für eine Miete aufbringen zu können.

Herr Liedtke

. weist darauf hin, dass aufgrund der verstärkten Migration in den vergangenen Jahren, Wohnraum für geflohene Menschen zur Verfügung gestellt worden sei, damit sie nicht in Containern untergebracht werden müssen. Dieser Wohnraum fehle auf dem Gesamtmarkt.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beruft die AG „Bezahlbarer Wohnraum“ wieder ein. Die AG soll sich erneut mit dem anhaltenden Problem der steigenden Mieten in Greifswald beschäftigen. Dabei ist der Maßnahmenkatalog, den die AG im April 2019 der Bürgerschaft vorgelegt hat, zu prüfen, zu aktualisieren und um weitere Maßnahmen zu ergänzen.

Der AG gehört je Fraktion/Zählgemeinschaft ein Mitglied an. Vertreter*innen der WVG, WGG, des Greifswalder Mietervereins und der Stadtverwaltung sind in die Arbeit der AG miteinzubeziehen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	15	3

8.9 Auslosungsmodalitäten für den Zukunftsrat

BV-V/08/0166-01

Es erfolgt eine gemeinsame Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 8.9 und 8.10.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die vorliegenden Auslosungsmodalitäten für den Zukunftsrat.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	11	3

Anlage 1 Festlegungen für die Auslosung zum Zukunftsrat öffentlich

Anlage 2 Ermittelte Anschriftenmenge öffentlich

Anlage 3 Darstellung nach Clustern öffentlich

8.10 **Besetzung der AG Zukunftsrat**

BV-V/08/0169

behandelt unter TOP 8.9

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald besetzt zur Klärung von organisatorischen Fragen zum Zukunftsrat eine Arbeitsgemeinschaft wie folgt.

Projektleitung und Projektkoordination

Oberbürgermeister

Präsidentin der Bürgerschaft

Jeweils eine Vertretung der bürgerschaftlichen Beiräte

Fach- und Koordinierungsstelle der Partnerschaft für Demokratie

Jeweils eine Vertretung der involvierten Stiftungen und der wissenschaftlichen Begleitung

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	12	2

8.11 **Entsendung eines weiteren Vertreters der Universitäts- und**

Hansestadt Greifswald für die Verbandsversammlung des

BV-V/08/0165

Zweckverbandes "Kommunales Studieninstitut Mecklenburg-Vorpommern"

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr von Malottki seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestimmt als weiteren Vertreter für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kommunales Studieninstitut Mecklenburg-Vorpommern mit sofortiger Wirkung

Herrn Maik Pierron, Leiter des Haupt- und Personalamtes.

Gleichzeitig scheidet Herr Achim Lerm als weiterer Vertreter aus der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kommunales Studieninstitut Mecklenburg-Vorpommern aus.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	0	0

8.12 Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2026**BV-V/08/0152-01**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr von Malottki seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Prioritätenlisten gemäß Anlagen zur Mittelbeantragung für die Sanierungsförderprogramme 2026.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	3

Anlage 1 Prioritätenliste SSV 161 öffentlich

Anlage 2 Prioritätenliste SSV 199 öffentlich

8.13 Globalbeschluss zur Vergabe von Gewerbe- und Industriegrundstücken in Bebauungsplangebieten**BV-V/08/0141-01**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Bei der Abstimmung hat Herr von Malottki seine Stimme nicht abgegeben.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Beschluss zur „Festpreisregelung für gewerblich genutzte städtische Grundstücke in Bebauungsplangebieten - Aktualisierung 2010“ (B273-14/11 vom 21.02.2011) aufzuheben und wie folgt neu zu fassen:

1. Die unbebauten, erschlossenen städtischen Gewerbe- und Industriegrundstücke in Bebauungsplangebieten werden grundsätzlich zu mindestens dem jeweils geltenden Verkehrswert gemäß § 56 KV M-V erschließungsbeitragsfrei an Investoren veräußert.
2. Die Bürgerschaft ermächtigt die Verwaltung entsprechende Grundstückskaufverträge und Erbbaurechtsverträge abzuschließen. In die Verträge wird eine Bauverpflichtung aufgenommen. Außerdem wird in den Erbbaurechtsverträgen eine Wertsicherungsklausel vorgesehen. Die Laufzeit der Erbbaurechtsverträge ist frei verhandelbar.
3. Veräußerungen unter dem Verkehrswert nach § 56 KV M-V bedürfen eines gesonderten Beschlusses.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	1	2

Anlage 1 B-Plan Nr. 6 und Nr. 87 öffentlich

Anlage 2 B-Plan Nr. 18.1 öffentlich

Anlage 3 B-Plan Nr. 22 öffentlich

Anlage 4 B-Plan Nr. 41 öffentlich

8.14 Aufhebung Sperrvermerk lt. Beschluss Haushaltssatzung 2025/2026 für Bauvorhaben Neubau Bauhof

BV-V/08/0151

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Aufhebung des Sperrvermerkes gemäß des Beschlusses BV-V/08/0043-17 I. 4. zur Haushaltssatzung 2025/2026 für das Bauvorhaben Konzentration und Modernisierung Bauhof.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	0	1

**8.15 Außerplanmäßige Auszahlung für Anmietung
Raummodule Interimsstandort Schulzentrum**

BV-V/08/0164-03

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Lerm bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Al-Khouri

. teilt mit, dass die Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative der Beschlussvorlage zustimmen werde.

Herr Rappen

. merkt kritisch an, dass

- nun Mieten zu dem ursprünglichen Kaufpreis gezahlt werden.
- es beim Raumprogramm selbst Spielräume gebe.
- die Umwidmung der finanziellen Mittel den laufenden Bereich betreffe.
- der Standort unglücklich gelegen sei.

Daher werde die CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald der Beschlussvorlage nicht folgen können. Nichtsdestotrotz stehe die Fraktion hinter dem Schulzentrum und plädiere für eine Nutzung spätestens zum Schuljahr 2028/29.

Der Oberbürgermeister

. sagt, dass es keine Lösung sei, die Schüler und Schülerinnen an den bestehenden Schulen unterzubringen, da diese bereits überlastet seien. Demnach sei eine Übergangslösung notwendig.

. bittet um Zustimmung.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die außerplanmäßige Auszahlung von 200 TEUR in 2025 und 550 TEUR in 2026 für die Anmietung von Raummodulen für den Interimsschulstandort Feldstraße.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

32	3	2
----	---	---

<u>Anlage 1</u>	2025-07-03 aktualisierte Kostenrahmenschätzung Miete öffentlich
<u>Anlage 2</u>	250714 Anhang zu BV-V08-0164 Planung und Entwicklung öffentlich
<u>Anlage 3</u>	Raumprogramm öffentlich
<u>Anlage 4</u>	Grundrisse Raummodule öffentlich
<u>Anlage 5</u>	Grundriss Sporthalle öffentlich

**8.16 Bebauungsplan Nr. 76.1 – Campingplatz am
Kleinbahndamm, 1. Teilbereich –, Entwurfs- und
Veröffentlichungsbeschluss**

BV-V/08/0143

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gem. § 24 KV M-V betroffen.

Herr Lerm bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Dr. Kerath

. sagt, dass die Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde. Bereits 2016 sei intensiv diskutiert worden, wie die Erschließung des Campingplatzes vernünftig erfolgen solle. Ein Lösungsvorschlag fehle in dieser Beschlussvorlage, weshalb sie in der zuständigen Ortsteilvertretung auch kritisiert worden sei.

Herr Heil

. plädiert für eine Zustimmung zu dieser Beschlussvorlage, da sich ein ganzjähriger Betrieb eines Campingplatzes in Stadtnähe gut auf die Stadtentwicklung ausübe.

Herr Prof. Dr. Münzenberg

. hebt die Wichtigkeit des Campingplatzes für den Tourismus sowie daraus resultierend die des Bebauungsplans hervor.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 76.1 – Campingplatz am Kleinbahndamm, 1. Teilbereich – wie folgt:

1. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 76.1 – Campingplatz am Kleinbahndamm, 1.

Teilbereich - (Anlage 1) sowie dessen Begründung (Anlage 2) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.

2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 76.1 – Campingplatz am Kleinbahndamm, 1. Teilbereich - (Anlage 1) sowie dessen Begründung (Anlage 2) und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) zu veröffentlichen.
3. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 76.1 – Campingplatz am Kleinbahndamm, 1. Teilbereich - (Anlage 1) und dessen Begründung (Anlage 2) zu beteiligen.
4. Die Veröffentlichung des Entwurfs des Bebauungsplans Nr. 76.1 – Campingplatz am Kleinbahndamm, 1. Teilbereich - ist ortsüblich bekannt zu machen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	10	2

<u>Anlage 1</u>	B76.1_Entwurf_2021-03_Anlage_1_Plan öffentlich
<u>Anlage 2</u>	B76.1_Entwurf_2021-03_Anlage_2_Begründung öffentlich
<u>Anlage 3</u>	B76.1_Entwurf_2021-03_Anlage_2_Begründung_Anlage_1_Bericht zur Biotopkartierung öffentlich
<u>Anlage 4</u>	B76.1_Entwurf_2021-03_Anlage_2_Begründung_Anlage_1_1_Biotopkartierung öffentlich
<u>Anlage 5</u>	B76.1_Entwurf_2021-03_Anlage_2_Begründung_Anlage_1_2_Liste der Bäume öffentlich
<u>Anlage 6</u>	B76.1_Entwurf_2021-03_Anlage_2_Begründung_Anlage_2_Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung öffentlich
<u>Anlage 7</u>	B76.1_Entwurf_2021-03_Anlage_2_Begründung_Anlage_2_1_Bestands- und Konfliktplan öffentlich
<u>Anlage 8</u>	B76.1_Entwurf_2021-03_Anlage_2_Begründung_Anlage_3_Artenschutzfachbeitrag öffentlich
<u>Anlage 9</u>	B76.1_Entwurf_2021-03_Anlage_2_Begründung_Anlage_4_Schalltechnische_Untersuchung öffentlich

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert, dass der Oberbürgermeister im Falle von Fragen Rederecht für einen Planer des zuständigen Planungsbüros beantragt habe.
- . lässt über das Rederecht abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	4	1

Bei der Abstimmung hat Herr Dr. Valentin seine Stimme nicht abgegeben.

Herr Lerm bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Heil

- . teilt mit, dass die CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald die Beschlussvorlage ablehnen werde. Gemäß EU-Recht sei ein Lärmaktionsplan erst bei einem Verkehrsaufkommen von 3 Mio. Fahrzeugbewegungen und bei einer Einwohnerzahl ab 100.000 erforderlich. In der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gebe es bereits viele Abschnitte mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h. Weiter sollte der Verkehrsfluss nicht eingeschränkt werden. Eine flächendeckende Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h sei nicht zielführend. Viele Maßnahmen im Lärmaktionsplan seien mit der aktuellen Haushaltslage nicht vereinbar.
- . plädiert dafür, alle Verkehrsteilnehmenden gleichrangig zu behandeln.

Herr Lerm

- . reagiert auf die Aussage hinsichtlich der rechtlichen Verpflichtung und teilt mit, dass an den Hauptverkehrsstraßen mehr als 3 Mio. Fahrzeugbewegungen im Jahr stattfänden. Die Erstellung eines Lärmaktionsplans sei dementsprechend verpflichtend – unabhängig von der Einwohneranzahl. Die Beschränkung des Lärmaktionsplans auf die Hauptverkehrsstraßen sei möglich, allerdings dringe der Lärm bis in die anliegenden Straßen hinein.

Herr Prof. Dr. Münzenberg

- . macht deutlich, dass der Lärmaktionsplan sehr vielschichtig sei und unterschiedliche Themenbereiche, wie Bepflanzungen, Steigerung der Lebensqualität, Straßenbeläge oder Verkehrsvermeidung aufgreife.
- . befürwortet das Konzept.

Herr König

- . greift die Aussage von Herrn Heil zur Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmenden auf und sagt, dass ein Großteil der Verkehrsflächen noch immer auf den motorisierten Verkehr ausgelegt sei. Ein Lärmaktionsplan könne die Situation verbessern.

Frau Socher

- . fügt hinzu, dass nicht nur Lärm Beeinträchtigungen verursache, sondern auch Erschütterungen zu Schäden führen können.

Herr Rappen

- . zitiert aus dem Maßnahmenkonzept der vorherigen Version des Lärmaktionsplans, dass der Kfz-Verkehr vermieden und der Verkehrsfluss verstetigt und verlangsamt werden solle und kritisiert die Intention.

Herr Liedtke

. macht auf die Notwendigkeit effizienter Arbeit der bürgerschaftlichen Gremien aufmerksam. In den Fachausschüssen bestehe die Möglichkeit, die Themen vollumfänglich inhaltlich zu beraten. Die Abstimmungen der Fachausschüsse sollten ernst genommen und von der Bürgerschaft wahrgenommen und mitgetragen werden, sodass in der Sitzung der Bürgerschaft lediglich eine Entscheidung zu treffen sei. So könnten die Sitzungen der Bürgerschaft zeitlich reduziert werden. Dafür sei den eigenen Besetzungen Vertrauen entgegenzubringen.

Herr Dr. Kerath

. weist darauf hin, dass eine Ablehnung nicht ausreichend sei, da die Umsetzung des Lärmaktionsplans verpflichtend sei. Sofern dieser nicht auf Zustimmung treffe, seien Gegenvorschläge zu unterbreiten.

Herr Burmeister

. hält den Lärmaktionsplan nicht für zustimmungsfähig. Beispielsweise werde in der aktuellen Version die Überplanung und komplexe Umgestaltung der Europakreuzung aufgeführt. Dies sei vor Kurzem erst durch die Bürgerschaft abgelehnt worden.

. verstehe nicht, weshalb in der derzeitigen Haushaltslage ein vollständiger Umbau einer Straße in eine echte Spielstraße in Höhe von 1 Mio. EUR geplant werde.

Herr Lerm

. erklärt, dass die Umgestaltung der Europakreuzung nichts mit der abgelehnten Diagonalquerung zu tun habe, sondern die Überplanung aufgrund der Verkehrsströme durch die neu geschaffenen Bebauungspläne 55 und 55a notwendig werde.

Der Oberbürgermeister

. ergänzt, dass die Fachausschussarbeit wichtig sei und die Verwaltung aufgrund der Anregungen und Hinweise die Vorlage nach den Sitzungen der Fachausschüsse entsprechend angepasst habe.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Die Sitzung wird mit TOP 8.3 fortgesetzt.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt den Lärmaktionsplan (Fortschreibung Stufe 4) der Universitäts- und Hansestadt Greifswald als strategisches Handlungskonzept für kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen mit dem Ziel, Umgebungslärm zu vermeiden bzw. zu reduzieren sowie in ruhigen Gebieten einer Zunahme des Lärms vorzubeugen.

Dem Beschluss beigefügt sind:

- das Maßnahmenkonzept (Anlage 1),
- vertiefende Erläuterungen zur integrierten Lärminderungsstrategie (Anlage 2),
- die Dokumentation der Öffentlichkeitsbeteiligung (Anlagen 3 und 4).

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
18	20	0

<u>Anlage 1</u>	Bericht Fortschreibung Lärmaktionsplan Runde 4 öffentlich
<u>Anlage 2</u>	Anlage 1 Maßnahmenübersicht öffentlich
<u>Anlage 3</u>	Anlage 2 Integrierte Lärminderungsstrategie öffentlich
<u>Anlage 4</u>	Anlage 3 Protokoll Öffentlichkeitsbeteiligung öffentlich
<u>Anlage 5</u>	Anlage 4 Abwägung der Stellungnahmen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung öffentlich

8.18 **Saubere Stadt Greifswald - Für eine Verbesserung der Straßensauberkeit in Greifswald**

BV-P-ö/08/0155-02

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Rappen bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Hochschild

. sagt, dass die Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative das Thema der Beschlussvorlage grundsätzlich begrüße – mit Ausnahme von Punkt 7. Dieser Punkt komme nicht in Frage.

. stellt einen Änderungsantrag, den derzeitigen Punkt 7 zu streichen und dafür folgenden neuen Punkt 7 aufzunehmen:

„Es ist eine Strategie gegen illegale Graffiti-Schmiererei in Kombination von Prävention, Überwachung, schneller Beseitigung und Umsetzung von möglichen rechtlichen Maßnahmen zu erarbeiten. Durch enge Zusammenarbeit von Kommune, Polizei, Eigentümern und der Öffentlichkeit soll die Anzahl von Graffiti-Schmierereien reduziert und die Attraktivität von derartigen Verschmutzungen minimiert werden.“

Frau Damm

. schlägt vor, den von Herrn Hochschild vorgetragenen Punkt 7 als Punkt 8 in der Beschlussvorlage zu ergänzen ohne den bisherigen Punkt 7 zu streichen. Die Umsetzung der übrigen Punkte benötigen eine Finanzierung.

Herr Kramer

. merkt an, dass mit keinem der Punkte in der Beschlussvorlage Müll vermieden werde.

. kritisiert die geplante Einführung einer neuen Steuer. Die Bürgerschaft sollte im Sinne der Bevölkerung entscheiden.

. befürwortet eine saubere Stadt und beispielsweise Mülleimer mit Deckeln – sofern die finanziellen Mittel gegeben seien.

Die AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft werde die Beschlussvorlage ablehnen.

Herr Rappen

. macht darauf aufmerksam, dass der von der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative eingebrachte Punkt 7 bereits Bestandteil der Beschlussvorlage des nächsten TOPs sei.

. weist darauf hin, dass die Satzung zunächst erarbeitet und durch die Bürgerschaft anschließend noch einmal geprüft und beschlossen werden solle.

Herr Al-Khouri

. verweist auf die Konsequenzen, die eine Verpackungssteuer mit sich brächte. Kleine Unternehmen oder Fastfood-Anbietende belaste eine derartige Steuer extrem. Die Umsetzung erfordere zusätzliche personelle und organisatorische Ressourcen. Eine Verpackungssteuer führe nicht zu einer Reduzierung des Abfallaufkommens. Es bestünden noch einige offene Fragen u. a. zum Umgang mit Einwickelpapier, Automaten oder Einrichtungen wie Kliniken und Universität.

Herr Heil

. werde dem Punkt 7 der Beschlussvorlage ebenfalls nicht zustimmen.
. beantragt Einzelabstimmung, sodass die Punkte 1 bis 6 gemeinsam in einer Abstimmung und Punkt 7 getrennt davon abgestimmt werden.

Der Oberbürgermeister

. weist darauf hin, dass ohne Punkt 7 keine Deckungsquelle für die übrigen Punkte gegeben sei und demzufolge eine neue benannt werden müsse, sofern der Punkt keine Zustimmung finde.

Frau Damm

. stellt den Geschäftsordnungsantrag, Punkt 7 zuerst abstimmen zu lassen, um die Finanzierung sicherzustellen.

Es gibt keine Gegenrede.

Frau Socher

. sagt, dass sich die Bürgerschaft seit längerem mit diesem Thema befassen müsse, da sich die Bevölkerung nicht an Regeln halte. Neben den Bestimmungen sei Aufklärung wichtig.

Herr Burmeister

. stimmt Frau Socher zu.
. macht deutlich, dass unabhängig von Punkt 7 keine Deckungsquelle existiere, da die Satzung zunächst entworfen und dann durch die Bürgerschaft geprüft werden müsse.
. vermutet, dass eine Verpackungssteuer keine Verhaltensänderung bezwecken werde.

Herr Barsch

. verweist auf die in der Beschlussvorlage angegebene Deckungsquelle. Für die nächsten Haushaltsjahre seien die Kosten einzuplanen. Das bedeute, dass bis dahin die Möglichkeit bestehe, die Umsetzung der Verpackungssteuer zu prüfen. Sollte dies nicht in Frage kommen, müsse die Bürgerschaft entscheiden, ob die mit dieser Beschlussvorlage verbundenen Kosten im künftigen Haushalt eingestellt werden.

Herr von Malottki

. lenkt den Fokus weg von der Verpackungssteuer hin zu der erhöhten Leerungsfrequenz von Mülleimern.

Frau Damm

. nennt als gut funktionierendes Beispiel den Recup-Becher und die Rebowl.

Herr Gabel

. weist darauf hin, dass es laut einer Studie keinen Zusammenhang zwischen der Verpackungssteuer und des Müllanstiegs gebe. Die Verpackungssteuer bezwecke die Nutzung von Mehrwegprodukten.

Der Oberbürgermeister

. stellt klar, dass die Verwaltung die Beschlussvorlage so verstehe, dass die Punkte 1 bis 7 erst ab 2027 umgesetzt werden, sodass die finanziellen Ausgaben durch den Haushalt gedeckt werden könnten. Sofern bereits eine Umsetzung 2026 gewünscht sei, fehle eine Deckungsquelle.

Die erhöhten Leerungsfrequenzen der Mülleimer hätte die Verwaltung geplant umzusetzen. Dafür seien zwei neue Stellen im Haushalt vorgesehen gewesen, die durch die Bürgerschaft nicht genehmigt worden seien. Eine Überlegung sei gewesen, die Leerung der Mülleimer extern zu vergeben. Es habe sich jedoch keine Firma gefunden, die diesen Auftrag übernehme.

Sofern eine Umsetzung in 2027 gewünscht sei, werden zusätzliche Stellen benötigt.

Frau Horn

. stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte.

Es gibt eine formale Gegenrede.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	13	1

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Aufnahme des Änderungsantrages der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
16	20	1

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über

. Punkt 7 des Beschlussvorschlages abstimmen.

. die Punkte 1 bis 6 des Beschlussvorschlages abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beauftragt zur Verbesserung der Sauberkeit des Stadtbildes die Verwaltung mit der Umsetzung folgender Maßnahmen:

1. Die Frequenz der Leerung der öffentlichen Mülleimer in der Innenstadt soll so angepasst werden, dass auch am Wochenende bzw. an Feiertagen eine Entleerung sichergestellt wird, insbesondere auf dem Marktplatz und Fischmarkt bzw. deren unmittelbarer Umgebung.
2. Bei größeren Veranstaltungen, wie z.B. Spezialmärkten, Festveranstaltungen oder Demonstrationen, soll der Leerungszyklus um eine zusätzliche Leerung erhöht werden, vorrangig nachmittags bzw. abends.
3. Die öffentlichen Mülleimer sind anlassbezogen oder bei Ersatz so auf geschlossene Deckel umzurüsten, dass Vögel und andere Tiere, insbesondere Möwen, nicht die Möglichkeit haben an Abfall aus den öffentlichen Mülleimern zu gelangen. Bestehende Mülleimer sollen, wo notwendig um Aschenbecher nachgerüstet werden.
4. Die Einführung von Mülleimern mit Füllstandssensoren ist zu prüfen.

5. Beklebungen und Plakatierungen an öffentlichen Mülleimern sind aktiv zu entfernen.
6. Auf dem Gelände der Badestelle Eldena sind zusätzliche Papierkörbe zu installieren.
7. Es ist eine Satzung für die Einführung einer Verpackungssteuer zu erarbeiten. Parallel zum Erarbeitungsprozess soll der Dialog mittels „runden Tisches“ mit potentiell Betroffenen gesucht werden, um ihre Perspektive bei der Erarbeitung der Satzung einzubeziehen. Hierbei sind die Auswirkungen auf verschiedene Formen von möglicherweise betroffenen Verkaufsstellen gesondert zu betrachten. Im Rahmen eines „Greifswalder Modells“ sollen weitere Maßnahmen, die zu einer Reduzierung des Verpackungsmülls und einer Erhöhung der Mehrwegquote beitragen, entwickelt werden.

Ergebnis:

	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Punkt 7	18	18	1
Punkte 1 - 6	25	7	5

8.19 Installation von Videoüberwachungsanlagen und Verbesserung der Ordnung und Sicherheit an sensiblen Orten BV-P-ö/08/0160-02

Es erfolgt eine gemeinsame Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 8.19 und 8.20.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Huhn verlässt die Sitzung.

Herr Hochschild bringt die Beschlussvorlage „*Installation von Videoüberwachungsanlagen und Verbesserung der Ordnung und Sicherheit an sensiblen Orten*“ (BV-P-ö/08/0160-02) der Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative ein.

Herr Herkules bringt die Beschlussvorlage „*Mehr Ordnung und Sicherheit durch Videoüberwachung und Alkoholverbotzonen*“ (BV-P-ö/08/0161-01) der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald ein.

Der Oberbürgermeister

. sagt, dass die Verwaltung die Gefahrenschwerpunkte erkannt habe und vor einiger Zeit geprüft habe, ob am Dubnaring und der Stadtmauer am Pommerschen Landesmuseum Videoüberwachung ermöglicht werden könne. Die Verwaltung sei zum Ergebnis gekommen, dass die Umsetzung möglich sei und habe deshalb einen Antrag beim Landesdatenschutzbeauftragten eingereicht. Sofern eine Rückmeldung vorliege, werde an den beiden Orten eine Videoüberwachung installiert.

Die Probleme hinsichtlich des Alkohols insbesondere im Umkreis des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums seien in der Verwaltung bekannt und konnten bisher nicht behoben werden. Nach rechtlicher Prüfung werde die Verwaltung die Alkoholverbotzonen in diesem Bereich einführen, sodass die Situation möglichst verbessert werde.

. macht zum Thema Graffiti darauf aufmerksam, dass die Haupthandelnden die Eigentümer

und Eigentümerinnen der Gebäude seien.

Frau Dr. Schwenke

. bestätigt, dass der Ort im Dubnaring seit Jahren ein Ärgernis darstelle. Mit viel Mühe und Geld sei eine Sanierung des Platzes vorgenommen worden, um die sportlichen Aktivitäten zu stärken.

Das Anliegen sei im Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen diskutiert worden. Gemeinsam mit den Sportvereinen und der Verwaltung sollten wirksame Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Für den nächsten Gremienlauf sei geplant gewesen, in einem eigens dafür vorgesehenen Tagesordnungspunkt darüber zu diskutieren.

. kritisiert, dass durch die Beschlussvorlagen ein Vorgriff erfolgt sei und beide Vorlagen nicht zur Beratung in den Fachausschüssen vorgelegen hätten.

. wundert sich, weshalb die Einführung einer Alkoholverbotzone ohne weiteres möglich sei, während die Umsetzung eines Rauchverbots oder die Einschränkung des Rauchens nicht umsetzbar gewesen sei.

Dieser gesellschaftlichen Entwicklung werde die Stadt mit Zäunen und Videoüberwachung allein nicht entgegenwirken können. Es entstehe voraussichtlich ein Verdrängungswettbewerb, bei dem Jugendliche sich einen anderen Ort suchen.

. stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung beider Beschlussvorlagen in den Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen.

Es gibt eine formale Gegenrede.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in ein oder mehrere gleichzeitig benannte Gremien für beide Beschlussvorlagen abstimmen:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
18	16	2

Frau Socher verlässt die Sitzung.

Ergebnis:

zurückverwiesen in die Fachausschüsse

8.20	Mehr Ordnung und Sicherheit durch Videoüberwachung und Alkoholverbotzonen	BV-P-ö/08/0161-01
-------------	--	--------------------------

behandelt unter TOP 8.19

Ergebnis:

zurückverwiesen in die Fachausschüsse

8.21	Personalkosten der Stadtverwaltung wirksam begrenzen	BV-P-ö/08/0162
-------------	---	-----------------------

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Rappen bringt die Beschlussvorlage ein.

Der Oberbürgermeister

. weist darauf hin, dass die Entscheidung über eine Höhergruppierung weder in den eigenen Ermessensbereich der Verwaltungsspitze noch den der Bürgerschaft falle. Dies sei im Tariffrecht verankert und sofern jemand aufgrund seiner Tätigkeit Anspruch auf eine Höhergruppierung habe, müsse der Person diese gewährt werden. Ebenso unzulässig sei ein Verbot für die Nachbesetzung der Stellen im übertragenen Wirkungskreis. Insbesondere die Bürgerservicebereiche werden im Auftrag des Landes ausgeführt und von diesem auch finanziert.

. weist darauf hin, dass die einzige Sitzung des Hauptausschusses am 29.09.2025 stattfinde. Gegebenenfalls werden Sondersitzungen in den Sommerferien notwendig, um große Verzögerungen zu vermeiden.

. korrigiert die Aussage der Beschlussvorlage, dass der Personalaufwendungsansatz per Prognose zum 30.04.2025 überschritten werde. Dies sei nicht der Fall. Nach derzeitigem Stand komme die Verwaltung mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln aus. Die Verwaltung prüfe nach Freiwerden einer Stelle stets deren Notwendigkeit und deren Organisation. Das Verfahren werde regelmäßig vorgestellt.

Aufgrund der Kurzfristigkeit und einer noch ausstehenden Beantwortung einer schriftlichen Anfrage bittet die Verwaltung um Vertagung der Beschlussvorlage.

Herr Barsch

. sagt, dass die Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke der Beschlussvorlage zustimmen werde.

. verweist auf die Formulierung des Beschlussvorschlages „Der Oberbürgermeister wird gebeten...“, was implementiere, das umzusetzen, was rechtlich möglich sei.

Sofern das öffentliche Leben im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich nicht völlig eingeschränkt werden solle, sei es für die Bürgerschaft nicht zu vermeiden, an anderen Stellen substantiell einzugreifen. In der Vergangenheit habe sich die Fraktion durchaus dafür eingesetzt, die Verwaltung handlungsfähig zu halten, jedoch gebe es aus ihrer Sicht Effizienzsteigerungspotentiale.

Herr Kramer

. berichtet von seinen guten Erfahrungen im Umgang mit Verwaltungsmitarbeitenden und weist auf den bestehenden Wettstreit mit anderen Kommunen und Arbeitgebenden hin.

. spricht sich für die Ablehnung der Beschlussvorlage aus.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Nachträgliche Anmerkung: Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen handelt es sich hierbei um Minderaufwendungen. Dennoch wird im Hinblick auf die finanziellen Auswirkungen der Teilhaushalt 02 angegeben.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zunächst bis zum 31.10.2025 keine Besetzungen oder Höhergruppierungen von Personalstellen vorzunehmen. Ausnahmen von dieser Maßgabe sollen ausschließlich im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss erfolgen.

Beschlusskontrolle: Bürgerschaft 13.10.2025

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17	10	8

9 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Burmeister

- . regt an, die Tür des Bürgerschaftssaals zu reparieren und kritisiert, dass die Lüftungsanlage des Saals nicht ausreichend arbeite.
- . macht auf das wachsende Unkraut vor dem Theater aufmerksam und bittet um dessen Beseitigung.

Herr Herbst

- . geht auf die Absichten der Verwaltung hinsichtlich der Videoüberwachung am Dubnaring ein und merkt an, dass weder in der Ortsteilvertretung noch im Fachausschuss derartige Vorhaben seitens der Verwaltung angekündigt worden seien.
- . erwartet konkretere Vorstellungen in der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt und im Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen.

Frau Damm

- . fragt nach dem aktuellen Stand des Rechtsverfahrens am Nexö-Platz.

Herr Heil

- . fragt nach dem Urteil in der Mühlenstraße und möchte wissen, was die Stadt vorhabe, zu unternehmen.

Der Oberbürgermeister

- . sagt, dass das Urteil seit heute vorliege. Die Verwaltung versuche, gute Lösungen im Interesse der Straßennutzenden zu finden.

Herr Rappen

- . berichtet, dass in der Vergangenheit Handwerksbetriebe, Pflegedienste und ähnliche Betriebe nach § 46 StVO besondere Parkausweise beantragen konnten, um nahe an der jeweiligen Betriebsstelle parken zu können. Bis vor kurzem habe die Regelung gegolten, dass für das erste Fahrzeug die volle Gebühr und für jedes weitere Fahrzeug eine deutliche geringere Summe angefallen seien. Nun sei die langjährige Praxis geändert worden und für jedes Fahrzeug werde die volle Gebühr erhoben.
- . bittet um Bestätigung der Aussage sowie die Darlegung der Gründe dieser Änderung.

Die Beantwortung werde nachgereicht.

Herr Dr. Kerath

- . kommt zurück auf das Urteil hinsichtlich der Mühlenstraße und fragt nach den möglicherweise daraus entstehenden Auswirkungen der Urteilsgrundsätze auf andere Straßen in der Innenstadt.

Herr Schreiber

- . teilt mit, dass sich die Verwaltung zunächst mit dem Urteil und deren Auswirkungen auseinandersetzen müsse, da es erst heute eingegangen und eine Prüfung aller Konsequenzen bisher nicht möglich gewesen sei.
- Hinsichtlich der Fragen zu den Rechtsverfahren werden weitere Informationen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gegeben.

10 Ende der Sitzung

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet die öffentliche Sitzung der Bürgerschaft um 21:31 Uhr.

Frau Görs und Herr Bauer haben die Sitzung verlassen.

Protokollführung

Präsidentin der Bürgerschaft

Sarah Wiesenberg

Prof. Dr. Madeleine Tolani